

Dresdener Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementpreis mit der tägl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst und den Feuilletons und Jugendzeitung einschließlich Dringertlohn monatlich 80 Pf. unter Kreuzband für Deutschland und Ausland bis bezogen vierjährig M. 2.75, unter Kreuzband für Deutschland und Ausland bis bezogen vierjährig M. 3.— Erscheint tägl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Gr. Zingststraße 14, U. Tel. 3465. Sprechstunde nur nachmittags von 12 bis 1 Uhr. Expedition: Gr. Zingststraße 14. Tel. 1769. Geschäftszeit von 6 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden die halbpaltene Zeitzeile mit 25 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Berechnungen 20 Pf. Insetrate müssen bis spätestens 1/10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdener Volkszeitung.

Nr. 105.

Dresden, Dienstag den 9. Mai 1911.

22. Jahrg.

Ein Monument der Schande.

Der Mutter- und Säuglingschutz vor dem Reichstage.
Aus dem Reichstage wird uns geschrieben: „Und der Regen regnete jeglichen Tags.“ Wieder, wie an den vorhergehenden Tagen, hieselbe der Reichstag Montag ein halbes Hundert Paragraphen von der Reichsversicherungsordnung ab. Wieder auch trug die Sozialdemokratie die Kosten der Diskussion, indem sie um die Hälfte das Verhalten ihrer Gegner an allen den Stellen ihrer Kritik des Gesetzgebungswerkes einhakte, die der Reichstag nicht bedacht hat. Schon wird unseren Gegnern die Lage des Unwillens, denn langsam beginnt die Erkenntnis zu kommen, daß die Mehrheit doch ein verjüngt gefährliches Spiel spielt. Es bleibt daher dahingestellt, ob wir nicht den nächsten Tagen doch noch einige Überraschungen erleben werden.
Der heutige Tag stand im Zeichen des Kampfes für Mutter- und Säuglingschutz. Es ist ein Beweis für die Unfähigkeit unseres sozialpolitischen Fürsorgeapparats und die bedrückende Lebenslage der übergroßen Masse des deutschen Volkes, daß wir noch immer mit 400 000 Säuglingssterben in Deutschland zu rechnen haben und daß in einzelnen Gegenden des Reiches bis zu 40 Proz. Säuglingen bereits in den ersten 12 Monaten nach der Geburt ihr Leben wieder aushauchen müssen. Eine ungeheure Verschwendung nationaler Kraft drückt sich in diesen Zahlen aus. Aber was will der materielle Verlust, den man in Markt und Pflanz auf beiläufig 100 bis 150 Millionen Mark für ein Jahr ausgerechnet hat, neben der ungeheuren Menge von Not, Verzweiflung und Schmerz besagen, die jahraus, jahrein aus derselben Ursache entspringen. Kein Zweifel, daß die Kraft und Macht einer Nation auf der Zahl und der Lebensfähigkeit seiner Bevölkerung beruht; kein Zweifel, daß Vererbung und Parlament, wenn anders sie ihre Aufgaben richtig erfüllen, Menschenpolitik im besten Sinne des Wortes, die Gesundheits- oder Sachpolitik betreiben müssen.
Nun ist es ja richtig, daß die neue Versicherungsordnung nun gewisse Säuglings- und Mutterschutz in das System der sozialen Fürsorge einführen oder das bestehende, das bisher auf freiwilliger Leistung beruht, wenigstens in gewissen Umfange gesetzlich festlegen will. Aber aber das vorliegende nachprüft, der sieht sofort seine Unzulänglichkeit ein. Bereits das Krankenversicherungsgezet, den letzten der Fabrikrentenklassen, den Bauwerkrentenklassen, den Zünftekrankenrenten, im Falle eines Todesfalls von weiblichen Mitgliedern die Zahlung eines Waisenbetrages in Höhe des Krankengeldes für die Zeit von vier Wochen auf; die Novelle des Krankenversicherungsgezetes vom Jahre 1892 dehnte die Leistung auf vier Wochen, die zweite Novelle vom Jahre 1902 auf sechs Wochen aus, gestieg jenen Klassen überdies, unter gewissen Bedingungen Anspruchsgeld auf die zwei Wochen zahlen zu dürfen. Vom 1. Januar 1910 der neuen Reichsversicherungsordnung, daß die Krankenkassen, die mindestens sechs Monate hindurch auf Grund der Reichsversicherungsordnung gegen Krankheit versichert gewesen sind, ein Wochengeld in Höhe des Krankengeldes für acht Wochen erhalten müssen und erstreckt überdies den Mutterschutzversicherung auf einen größeren Personenkreis, nämlich auf Dienstboten, Arbeiterinnen in Land- und Hauswirtschaft und weibliche Hausgewerbetreibende. Daneben sind die Kassen noch die Erlaubnis, auch einige freiwillige Leistungen den Versicherten zu gewähren. Man könnte nun meinen, diese Ausdehnungen seien immerhin begrüßenswert, sind es aber deshalb nicht, weil sie den Zweck, dem sie dienen sollen, tatsächlich nicht erreichen. Nehmen wir einmal an, eine Arbeiterin habe 12 M. Wochenlohn; durch eine Entbindung verleihe sie einen Lohnausfall von rund 90 M., von welcher Summe ihr aber nach der Reichsversicherungsordnung in der Regel nur etwa 40 bis 45 M. ersetzt würden, so daß einbarer Verlust von 45 M. bliebe. Und das legt man den künftigen Müttern in einer Zeit auf, in der der Körper der Mutter einer besonderen Pflege und guten Nahrung nötig hat und die Kosten der Nahrung des Säuglings noch zu den regelmäßigen Familienausgaben hinzutreten! Daß diese nicht unbedeutend sind, zeigt jeder Familienvater; wenn auch nur zwei Liter Milch täglich zum Preise von 20 Pf. mehr anzuschaffen sind, so steigt die Mehrausgabe hierfür allein in acht Wochen auf 24 M. an.
Über sie die Sozialdemokratie mit einem wirklich vorbereiteten und sorgsam durchdachten Plan einer guten Mutter- und Säuglingsfürsorge. Sie will die Kräfte der Mutter schonen und das Leben der Neugeborenen erhalten und kräftigen. Außerdem aber will sie die Gefahren mangelhafter Ernährung und zu früher Ernährung des Wochenbetrages durch ein kombiniertes System von ärztlicher und Hebammenhilfe und Hauspflege zu beschützen.
Schon in der Kommission bildeten die Anträge der Sozialdemokratie den Gegenstand eingehender Erörterung. So hat, so durchaus den Anforderungen der heutigen Wissenschaft entsprechend sind sie, daß keine einzige Partei ihnen entgegenzutreten wagte. Weit aber doch die Kapitalisten ihre Geldbeutellinteressen über das Wohl des ganzen Volkes zu stellen entschlossen waren, stifteten sie die Regierung an, ausgerechnet an diesem Punkte der Sozialdemokratie ein „Unannehmbar“ entgegenzutreten und das Monument ihrer Schande mit dem Säge aufzurichten, daß die ganze Vorlage scheitern würde, wenn sich die Mehrheit des Parlamentes auf die sozialdemokratischen Anträge vereinigen sollte.
Es war eine vortreffliche Leistung unseres Abgeordneten Dr. David, wie er heute als Anwalt des Volkes, namentlich der Millionen von Müttern und Kindern, im Reichstage mit bereitem Munde für ihr Wohlergehen suchte. Aus dem Arsenal der Wissenschaft holte er seine Waffen und dem tiefen Ernst seiner Darlegungen mischte er den scharfen und nur zu wohlberechtigten Spott über den Scheinpatriotismus jener Parteien bei, die sich zwar stets als die „nationalen“ zu bezeichnen pflegen, aber gerade dann verfallen, wenn es sich um eine wirklich nationale Angelegenheit handelt. Er schilderte die traurige Abhängigkeit der Regierung, die gegen ihr besseres Wissen, nur dem kurzfristigen und eigenmächtigen Kapitalismus zuliebe, jetzt das Unannehmbar ausgesprochen hat, das in der Geschichte des Parlamentes genau so fortleben wird wie das Unannehmbar, das einst die konservative Partei dem Bürgerlichen Gesetzgebungsorgan entgegenstellte, als sie es abzulehnen drohte, wenn nicht die feudalen Jagdberrinnen von der Verpflichtung des Erjages des — Hasenschiedens befreit würden!
Aber beteiligten sich die bürgerlichen Parteien etwa nicht an der Auseinandersetzung? Doch! Sie schickten den reaktionären Spießbürger Jrl, den Vertreter engstirniger und zum Teil falsch bestandener Handwerkerinteressen, vor, damit er einen Antrag verteidigte, den neben ihm nur noch der fränkische Bauer Hufnagel unterzeichnet hatte, nämlich den gesamten Wöchnerinnenschutz in der Landwirtschaft nicht obligatorisch zu machen, sondern ganz in das Belieben der Bauernschaft zu stellen. Mit Leuten von dem Schlage dieses Herrn Jrl kann man Mittel haben. Diese Leute wissen nichts, sehen nichts, lernen nichts. Wenn Herr Jrl z. B. behauptet, die hohe Säuglingssterblichkeit in Bayern rühre davon her, daß die Städte ihrer schwächlichen Säuglinge aufs Land hinausführen, oder wenn er behauptet, in der Landwirtschaft gäbe es überhaupt keine Unterernährung von Arbeiterinnen und Arbeiterinnen, dann ist ja sachlich mit ihm überhaupt nicht zu diskutieren. Man kann ihn laufen lassen. Aber was soll man zu den anderen bürgerlichen Vertretern sagen, was zu den Führern der Zentrumspartei, die einen solchen Mann überhaupt auf die Tribüne des Reichstages lassen! Es beweist das doch in Wirklichkeit einen erschreckenden Mangel an sozialem Pflichtgefühl, eine rücksichtslose Verneinung der Volksinteressen, die, wie David mit Recht hervorhob, an den Wählerpranger geschlagen werden muß und in den kommenden Wahlkämpfen ihre Rolle spielen sollte. Erst dem Volke die Lebensmittel verteuern, durch chronische Unterernährung den Kindern wie den Erwachsenen die Lebensfähigkeit untergraben, dann wie den erwachsenen Kindesmord unserer ungeheuren Säuglingssterblichkeit als etwas Gleichgültiges betrachten, das der Mütter nicht lindern wollen, wo man sie lindern kann — das mag ja im Sinne der „Christen“ und „Patrioten“ eine staatsverhaltende Politik sein. Wir sehen in ihr nur ein fortgesetztes Attentat auf das Volkswohl, dessen Urheber wir auf das schärfste und unermüdlich bekämpfen werden.

Negative Arbeit der kapitalistischen Parteien. Abittimmungen zur Krankenversicherung.

Der Bundesrat bestimmt, wie weit vorübergehende Dienstleistungen versicherungsfrei sind. Die Sozialdemokraten beantragten, daß die Befreiung nur bei solchen Dienstleistungen eintreten darf, die nicht über eine Woche hinausgehen.
Abgelehnt von allen bürgerlichen Parteien.
Versicherungsfrei sind ferner die in Betrieben oder im Dienste des Reiches usw. Beschäftigten, wenn ihnen gegen ihre Arbeitgeber ein Anspruch zusteht, der den Mindestleistungen der Krankenkassen gleichwertig ist. Die Sozialdemokraten beantragten, daß die Befreiung nur dann eintreten darf, wenn den Beschäftigten die sachgemäßen Leistungen der Krankenkasse gewährt werden. Abgelehnt von allen bürgerlichen Parteien.
Die Sozialdemokraten beantragten, daß die Befreiung der obersten Verwaltungsbediensten, sogar solche Personen von der Versicherungspflicht zu befreien, die in Betrieben oder in Dienstleistungen nicht öffentlichen oder Anstalten des Reiches und anderer an nichtöffentlichen Schulen oder Anstalten des Reiches und anderer an nichtöffentlichen Schulen oder Anstalten des Reiches sind. Abgelehnt von allen bürgerlichen Parteien.
Die Sozialdemokraten beantragten die Streichung der Bestimmung, daß der nur noch zu einem geringen Teile arbeitsfähige Arbeiter von der Versicherungspflicht befreit wird. Abgelehnt von allen bürgerlichen Parteien (mit Ausnahme der Polen).
Die Sozialdemokraten beantragten ferner, daß die Befreiung der bei Arbeitslosigkeit in Arbeiterkolonien oder ähnlichen Wohltätigkeitsanstalten vorübergehend beschäftigt werden, von der Versicherungspflicht im Falle einer Krankheit erhalten sollen. Abgelehnt von allen bürgerlichen Parteien.
Die Sozialdemokraten beantragten, daß die Handlungsfähigen und sonstigen Angehörigen sowie die kleinen Unternehmungen auch dann der Versicherung freiwillig beitreten können, wenn ihr

Jahresbruttolohn höher als zweitausend Mark ist. Abgelehnt von allen bürgerlichen Parteien.
Durch Erhebung der Rasse kann das Recht zum Beitritt von einer bestimmten Altersgrenze und von der Vorlegung eines ärztlichen Gesundheitszeugnisses abhängig gemacht werden. — Die Sozialdemokraten beantragten, daß diese Beschränkung nur für solche Personen zulässig ist, die nicht unmittelbar vorher einer anderen Krankenkasse angehört haben. Abgelehnt von allen bürgerlichen Parteien (mit Ausnahme der Polen).
Die Sozialdemokraten beantragten, daß die von der Kommission geforderte Befugnis des Gemeindeverbandes und der Krankenkasse, das Recht zum Beitritt nach anderen Personen zu gewähren, wiederhergestellt wird. Abgelehnt von allen bürgerlichen Parteien.
Die Sozialdemokraten forderten, daß die von den Bestimmungen unter allen Umständen nach dem durchschnittlichen Tagesverdienst der Versicherten berechnet werden sollen (Grundlohn), so daß die im Entwurf vorgeschlagene geringere Bemessung des Geldes ausgeschlossen ist. Abgelehnt von allen bürgerlichen Parteien.
Die Sozialdemokraten beantragten die Streichung der Bestimmung, nach der für die Landkrankenstellen noch geringeres Krankengeld als für die Ortskrankenstellen gewährt werden kann. Abgelehnt von den Kompromißparteiern.
Die Sozialdemokraten forderten, daß den Kranken nicht nur die sogenannten kleineren, sondern alle Heil- und Hilfsmittel gewährt werden, die erforderlich sind, den Erfolg des Heilverfahrens zu sichern oder die Nachteile der Krankheit zu mildern. Abgelehnt von allen bürgerlichen Parteien.
Die Sozialdemokraten forderten, daß das Krankengeld in der Höhe des vollen Grundlohnes gewährt und nicht, sowie es in der Vorlage vorgeschrieben ist, auf den halben Betrag beschränkt wird. Abgelehnt von allen bürgerlichen Parteien.
Die Sozialdemokraten forderten, daß das Krankengeld für jeden Tag und nicht nur für den Arbeitstag gewährt wird. Abgelehnt von allen bürgerlichen Parteien (mit Ausnahme der fortschrittlichen Abg. Träger und Fejter).
Die Sozialdemokraten beantragten, daß das Krankengeld nicht erst vom dritten Tage, sondern bereits vom ersten Tage an gewährt wird. Abgelehnt von allen bürgerlichen Parteien.
Nachdem die vorliegenden Anträge abgelehnt waren, beantragten die Sozialdemokraten, daß das Krankengeld wenigstens im Betrage von 1/2 des Arbeitsverdienstes statt des halben Verdienstes gewährt wird. Abgelehnt von allen bürgerlichen Parteien (mit Ausnahme der Polen, des freisinnigen Abg. Koblitz und des Bienenhänsen).
Ferner beantragten die Sozialdemokraten, daß das Krankengeld vom ersten Tage der Arbeitsunfähigkeit wenigstens bei solchen Krankheiten gewährt werden muß, die länger als eine Woche dauern, zum Tode führen oder durch Betriebsunfall verursacht worden sind. Abgelehnt von allen bürgerlichen Parteien.
Die Sozialdemokraten verlangten, daß die Kranken- und Hauspflege gewährt werden muß (nicht nur kann), wenn sie nach dem Gutachten des behandelnden Arztes notwendig ist, oder wenn der erwerbsunfähige Kranke einen eigenen Haushalt nicht hat und die Krankenhauspflanze verlangt. Abgelehnt von allen bürgerlichen Parteien.
Die Sozialdemokraten verlangten, daß die Rasse eine Hauspflegerin stellen muß (nicht nur kann), wenn die Weiterin des Haushaltes erkrankt und durch ihre Erkrankung an der ordnungsgemäßen Aufrechterhaltung des Haushaltes verhindert ist, und die Leistung von der Kranken und deren Ehemann verlangt wird. Abgelehnt von allen bürgerlichen Parteien.
Die Sozialdemokraten verlangten, daß als Hausgeld für die Angehörigen derjenigen, die in einem Krankenhause untergebracht sind, statt des halben Krankengeldes 1/2 des selben bezahlt werden soll. Abgelehnt von allen bürgerlichen Parteien.
Die Sozialdemokraten beantragten die Streichung der Bestimmung, daß das Krankengeld gekürzt werden kann, wenn der Kranke mehreren Versicherungen angehört und aus diesen zusammen an Krankengeld mehr als den vollen Betrag seines Arbeitsverdienstes erhält. Abgelehnt von den Kompromißparteiern.
Hierauf beantragten die Sozialdemokraten, daß wenigstens das Krankengeld nicht gekürzt wird, auf daß der Kranke keinen Rechtsanspruch hat. Abgelehnt von allen bürgerlichen Parteien (mit Ausnahme der Polen und des Zentrum Abgeordneten Giesberts).
Die Sozialdemokraten beantragten, daß der Rasse wenigstens die Befugnis zusteht, das Krankengeld nicht nur bis auf 1/2, sondern bis auf den vollen Betrag des Grundlohnes zu erhöhen. Abgelehnt von allen bürgerlichen Parteien.
Die Sozialdemokraten beantragten, daß es der Krankenkasse wenigstens freigestellt werde, durch Statut das Krankengeld unter allen Umständen bereits vom ersten Tage der Erwerbsunfähigkeit an zu gewähren und nicht nur bei solchen Krankheiten, die länger als eine Woche dauern, zum Tode führen, oder durch Betriebsunfall verursacht worden sind. Abgelehnt von allen bürgerlichen Parteien.
Kranken, die sich ihre Krankheit durch eigene Schuld zugezogen haben, kann in gewissen Fällen das Krankengeld ganz oder teilweise verweigert werden. Die Sozialdemokraten beantragten, daß dann, wenn der Kranke Angehörige haben, deren Unterhalt sie ganz oder teilweise bestreiten haben, diesen Angehörigen das Krankengeld auszuweisen befreit werden. Abgelehnt von allen bürgerlichen Parteien (mit Ausnahme des Abg. Reumann-Hofer).
Die Sozialdemokraten beantragten die Streichung der Bestimmung, daß die Krankenkasse zur Festsetzung eines Höchstbeitrages für kleinere Heilmittel und zu einem Zuschuß zu kleineren Heilmitteln die Zustimmung des Oberberufungsamtes haben müsse. Abgelehnt von den Kompromißparteiern.
Veröffentlichung. Für unserer gestrigen Zusammenstellung ist zu bemerken, daß die Fortschrittler für den Antrag auf Anerkennung des Wahlrechts an die Frauen gestimmt haben.

Die Sozialdemokraten beantragten, daß die von der Kommission geforderte Befugnis des Gemeindeverbandes und der Krankenkasse, das Recht zum Beitritt nach anderen Personen zu gewähren, wiederhergestellt wird. Abgelehnt von allen bürgerlichen Parteien.
Die Sozialdemokraten forderten, daß die von den Bestimmungen unter allen Umständen nach dem durchschnittlichen Tagesverdienst der Versicherten berechnet werden sollen (Grundlohn), so daß die im Entwurf vorgeschlagene geringere Bemessung des Geldes ausgeschlossen ist. Abgelehnt von allen bürgerlichen Parteien.
Die Sozialdemokraten beantragten die Streichung der Bestimmung, nach der für die Landkrankenstellen noch geringeres Krankengeld als für die Ortskrankenstellen gewährt werden kann. Abgelehnt von den Kompromißparteiern.
Die Sozialdemokraten forderten, daß den Kranken nicht nur die sogenannten kleineren, sondern alle Heil- und Hilfsmittel gewährt werden, die erforderlich sind, den Erfolg des Heilverfahrens zu sichern oder die Nachteile der Krankheit zu mildern. Abgelehnt von allen bürgerlichen Parteien.
Die Sozialdemokraten forderten, daß das Krankengeld in der Höhe des vollen Grundlohnes gewährt und nicht, sowie es in der Vorlage vorgeschrieben ist, auf den halben Betrag beschränkt wird. Abgelehnt von allen bürgerlichen Parteien.
Die Sozialdemokraten forderten, daß das Krankengeld für jeden Tag und nicht nur für den Arbeitstag gewährt wird. Abgelehnt von allen bürgerlichen Parteien (mit Ausnahme der fortschrittlichen Abg. Träger und Fejter).
Die Sozialdemokraten beantragten, daß das Krankengeld nicht erst vom dritten Tage, sondern bereits vom ersten Tage an gewährt wird. Abgelehnt von allen bürgerlichen Parteien.
Nachdem die vorliegenden Anträge abgelehnt waren, beantragten die Sozialdemokraten, daß das Krankengeld wenigstens im Betrage von 1/2 des Arbeitsverdienstes statt des halben Verdienstes gewährt wird. Abgelehnt von allen bürgerlichen Parteien (mit Ausnahme der Polen, des freisinnigen Abg. Koblitz und des Bienenhänsen).
Ferner beantragten die Sozialdemokraten, daß das Krankengeld vom ersten Tage der Arbeitsunfähigkeit wenigstens bei solchen Krankheiten gewährt werden muß, die länger als eine Woche dauern, zum Tode führen oder durch Betriebsunfall verursacht worden sind. Abgelehnt von allen bürgerlichen Parteien.
Die Sozialdemokraten verlangten, daß die Kranken- und Hauspflege gewährt werden muß (nicht nur kann), wenn sie nach dem Gutachten des behandelnden Arztes notwendig ist, oder wenn der erwerbsunfähige Kranke einen eigenen Haushalt nicht hat und die Krankenhauspflanze verlangt. Abgelehnt von allen bürgerlichen Parteien.
Die Sozialdemokraten verlangten, daß als Hausgeld für die Angehörigen derjenigen, die in einem Krankenhause untergebracht sind, statt des halben Krankengeldes 1/2 des selben bezahlt werden soll. Abgelehnt von allen bürgerlichen Parteien.
Die Sozialdemokraten beantragten die Streichung der Bestimmung, daß das Krankengeld gekürzt werden kann, wenn der Kranke mehreren Versicherungen angehört und aus diesen zusammen an Krankengeld mehr als den vollen Betrag seines Arbeitsverdienstes erhält. Abgelehnt von den Kompromißparteiern.
Hierauf beantragten die Sozialdemokraten, daß wenigstens das Krankengeld nicht gekürzt wird, auf daß der Kranke keinen Rechtsanspruch hat. Abgelehnt von allen bürgerlichen Parteien (mit Ausnahme der Polen und des Zentrum Abgeordneten Giesberts).
Die Sozialdemokraten beantragten, daß der Rasse wenigstens die Befugnis zusteht, das Krankengeld nicht nur bis auf 1/2, sondern bis auf den vollen Betrag des Grundlohnes zu erhöhen. Abgelehnt von allen bürgerlichen Parteien.
Die Sozialdemokraten beantragten, daß es der Krankenkasse wenigstens freigestellt werde, durch Statut das Krankengeld unter allen Umständen bereits vom ersten Tage der Erwerbsunfähigkeit an zu gewähren und nicht nur bei solchen Krankheiten, die länger als eine Woche dauern, zum Tode führen, oder durch Betriebsunfall verursacht worden sind. Abgelehnt von allen bürgerlichen Parteien.
Kranken, die sich ihre Krankheit durch eigene Schuld zugezogen haben, kann in gewissen Fällen das Krankengeld ganz oder teilweise verweigert werden. Die Sozialdemokraten beantragten, daß dann, wenn der Kranke Angehörige haben, deren Unterhalt sie ganz oder teilweise bestreiten haben, diesen Angehörigen das Krankengeld auszuweisen befreit werden. Abgelehnt von allen bürgerlichen Parteien (mit Ausnahme des Abg. Reumann-Hofer).
Die Sozialdemokraten beantragten die Streichung der Bestimmung, daß die Krankenkasse zur Festsetzung eines Höchstbeitrages für kleinere Heilmittel und zu einem Zuschuß zu kleineren Heilmitteln die Zustimmung des Oberberufungsamtes haben müsse. Abgelehnt von den Kompromißparteiern.
Veröffentlichung. Für unserer gestrigen Zusammenstellung ist zu bemerken, daß die Fortschrittler für den Antrag auf Anerkennung des Wahlrechts an die Frauen gestimmt haben.

Vom Konservativen Mitt nach dem Westen.

Den Konservativen paßt es beinahe gar nicht in den Kram, daß die Nationalliberalen sich jetzt, wo die rote Flut sowie bedrohlich im Steigen begriffen ist, allerhand Extratänze erlauben, statt ihnen ruhig und artig Gefolgschaft zu leisten. Und ganz besonders empört sind die Herrschaften darüber, daß es die hohen Nationalliberalen gewagt haben, in die ureigensten Domänen der Konservativen in Ostelbien einzubrechen und ihnen dort Mandate abzuhacken, die als sicherer konservativer Besitzstand galten. Solcher Frevel mußte gerochen werden, und so beantworteten die Konservativen den national-liberalen Einbruch nach Osten mit einem Einbruch nach Westen, wo in den Kreisen der Großindustriellen sowie Unzufriedenheit mit dem Verhalten Wassermanns und seiner näheren Gesinnungsgenossen herrscht. So sind die Konservativen am Sonntag den Nationalliberalen in Köln am Rhein auf den Leib gerückt, einer Stadt, wo das beherrschende Bürgertum, soweit es nicht dem Zentrum angehört, dem natürlich die Konservativen keinerlei Konkurrenz machen wollen, nationalliberal ist. Es fand eine von der konservativen Vereinigung für Köln einberufene Versammlung statt, zu der man als Juppferde Herrn v. Kröcher, den Präsidenten des preussischen Abgeordnetenhauses, und den Führer des Bundes der Landwirte, Herrn Dr. Kahn, engagiert hatte. Zuerst wurde Herr v. Kröcher auf die Zuhörer losgelassen.

Herr v. Kröcher kam zuerst auf die Wahlen von 1907 zu sprechen. Seiner Meinung nach war es ein ausgezeichneter „Gang“ des Fürsten Bülow, jene Wahlen unter der Parole des Bloßes zu machen, und er hätte ja auch erreicht, daß die Sozialdemokratie zurückgedrängt worden sei, hingegen hätte er das Ziel, auch die Herrschaft des Zentrums zu brechen, nicht erreicht.

Es sei aber Bülows großer Fehler gewesen, den Bloß, der für die Wahlen ausgezeichnet war, in Permanenz zu erklären und auch für nicht nationale Fragen aufrechterhalten zu wollen, und der größte Fehler sei der gewesen, daß er mit dem Bloß habe die Finanzreform machen wollen.

Der biedere Herr v. Kröcher, er plaudert hier mit einer Offenheit, die nichts zu wünschen übrig läßt, aus, wie sich die Herren Junker von vornherein die Rolle der Liberalen bei der konservativ-liberalen Paarung gedacht haben: Die Liberalen sollten bei den Wahlen den Konservativen helfen, den roten Lappen zu schwenken und die „Nichtwähler“ aus ihrem Schlaf zu rufen, damit sie behufs Vollbringung einer patriotischen Heldentat an die Wahlurne schritten. Nach den Wahlen sollte es heißen: Der Wähler hat seine Schuldigkeit getan, der Wähler kann gehen. Das haben wir ja den liberalen Herrschaften gleich gesagt. Aber die braven Liberalen sind, voller Freude, endlich einmal an der Regierungskrippe ein wenig schmaulen zu können, auf das Bloßexperiment eingegangen und sind dabei klüchtig hereingefallen.

Dann brachte es Herr v. Kröcher fertig, der Versammlung zu erzählen, Zentrum und Konservative hätten in selbstlosiger Weise die Finanzreform zu Ende gebracht. Was mag der brave Herr v. Kröcher nicht alles für selbstlos halten? Wenn sich ostelbische Junker in geschickter Weise von der Zahlung sogar der Steuern drücken, die bereits bestehen, geschieht das wohl ebenso aus „Selbstlosigkeit“, wie wenn sie sich mit Händen und Füßen gegen eine Steuer wie die Erbschaftsteuer sträuben, die sie einigermassen empfindlich treffen könnte. Und das gute Zentrum! Das hat sich ganz und gar nicht bei seiner Stellungnahme zur Reichsfinanzreform von dem Wunsch leiten lassen, den unangenehmen liberalen Konkurrenten von der Regierungskrippe zu verdrängen, es war nur von dem Bestreben geleitet, dem Vaterlande einen Dienst zu erweisen.

Es ist ja begreiflich, daß der Herr v. Kröcher das Bedürfnis hat, seinem schwarzen Hockbruder in einem seiner Hauptstücke ein Kompliment zu machen, aber er wird sicher nicht allzu viel Gläubige finden. Natürlich haben nach Kröchers Behauptung weder Zentrum noch Konservative die Absicht gehabt, Bülow zu stürzen. Es ist ja eine alte Geschichte, daß die Konservativen nie zugeben, sie hätten einen Minister gestürzt, und wir glauben Herrn v. Kröcher gern, hätte Fürst Bülow höchst artig alle konservativen Befehle befolgt, so hätte man ihn auch weiter geduldet. Aber einen Minister, der nicht vor den Junkern zu Krenge kriecht, dem wird die Hölle so heiß gemacht, daß er auf die Ministergerichte bald verzichtet. Uebrigens gab Herr v. Kröcher ganz unüberhöhlen der Freude darüber Ausdruck, daß Fürst Bülow abgetreten sei. Er sagte nach dem Bericht der Kölnischen Zeitung:

Der Fürst Bülow war uns ein sehr angenehmer Rangler, ein

Anger Herr, der ausgezeichnet die Geschäfte des Landes führte. Uebrigens, nachdem Fürst Bülow gegangen war und das Interview mit dem Hamburger Korrespondenten hatte, möchte ich ihn nicht mehr in der la main haben. (Stürmische Heiterkeit.) Das muß dem Fürsten Bülow der Reich lassen, einen Abgang hat er sich verschafft, wie es sein Regisseur fertig gebracht hätte. Auch hier gilt das Wort von Schiller: Dem-Minen nicht die Nachwelt keine Kränze! (Große Heiterkeit.) Der Abgang war großartig, das war aber nur von kurzer Dauer. Nebenfalls wäre Bülows Ruhm von größerer Dauer gewesen, wenn er seinen Namen unter die Steuerreform, und zwar ohne die antisoziale Nachlasssteuer für die Witwen und Waisen, gesetzt hätte.

Besonders tiefe volkswirtschaftliche Weisheiten verzapfte Herr v. Kröcher über die indirekten Steuern. Er hat nämlich entdeckt, daß die indirekten Steuern keinen Menschen im Deutschen Reich bedrücken. Die Arbeiter brauchen die indirekten Steuern nicht zu fragen. Ihnen würden die Steuern nämlich von den Arbeitgebern in den Löhnen zurückerstattet. Also werden die Unternehmer doch von den indirekten Steuern getroffen, denen es aber nach Kröchers Meinung wohl so gut geht, daß sie sich von diesen Steuern nicht bedrückt fühlen. Wie reimt sich das mit der auch oft von konservativer Seite aufgestellten Behauptung, daß die Arbeitgeber so schwer unter den sozialpolitischen Lasten zu leiden haben. Man sieht, Herr v. Kröcher scheint sich selbst über die Wirkung der indirekten Steuern nicht recht klar zu sein.

Natürlich ist Herr v. Kröcher auch sehr ungehalten darüber, daß man in Dresden den Raunungsgestaltete. Ferner erzählte er, daß er beim Militär mal einen Genoshen oder Rhinogeros genannt habe, ohne daß er etwas verbrochen hätte. Herr v. Kröcher hat also für Genoshen und Rhinogeros eine ganz besondere Vorliebe. Dann nahm er sich die Nationalliberalen vor. Er sang ein Loblied auf die guten alten Nationalliberalen und äußerte seine Unzufriedenheit mit den Nationalliberalen von heute.

Wie weit die heruntergekommen seien, das habe sich darin gezeigt, daß sie in der Budgetkommission beantragt hätten, den Gouverneur von Berlin zu streichen. Und dieser Gouverneur, das sollte doch der Mann sein, der den Sozialdemokraten die „Ameise auf's Auge“ setzen muß, wenn es zur Revolution kommt. Am Schluß seiner Rede wies er darauf hin, wie wichtig es sei, daß bei den nächsten Wahlen eine Mehrheit zustande käme, die beim Postamt für die Interessen der Landwirtschaft und der erwerbenden Berufsstände eintrete.

Nach Herrn v. Kröcher sprach noch ein Herr Berlin und dann schimpfte Herr Dr. Kahn auf das jüdische Großkapital und die jüdischen Zeitungen. Die konservativen Redner hatten im ganzen 3 1/2 Stunden gesprochen, den liberalen Rednern, die ihnen entgegenzutreten, aber gab man nur 10 Minuten Redezeit und ließ sie dabei noch nicht einmal ruhig reden.

Man kann es ja auch begreifen, daß bei den diesen schwachen Punkten, die die Rede des Herrn v. Kröcher aufwies, den konservativen Herren eine Auseinandersetzung sehr unangenehm war. Und dann ist ja Unbarmkeit gegen konservative Ansichten nie eine starke Seite der Konservativen gewesen.

Uebrigens wird den Konservativen ihr Mitt nach Westen kaum viel nützen. Das kann ja sein, daß es ihnen gelingt, die Nationalliberalen kirre zu kriegen. Zeigt es sich doch sowie immer mehr, daß bei einem großen Teil von diesen für den Kampf gegen rechts wenig Begeisterung vorhanden ist. Die Volksmassen aber würden sich auch durch ein nationalliberal-konservatives Bündnis nicht abhalten lassen, für den Finanzreformausbruch und die übrigen reaktionären Heldentaten der letzten Jahre bei den Wahlen die gebührende Rache zu nehmen.

Deutsches Reich.

Wilhelm II. und die Parteien.

Der Kaiser reist jetzt in Elsaß-Lothringen. In Straßburg nahm er eine Huldigung der Studentenschaft entgegen. Der studentische Huldigungsredner sprach vom Kaiser als von „dem großen Führer des deutschen Volkes“. Der Kaiser sagte zu den Studenten:

„Ich spreche Ihnen meinen Dank aus für die Huldigung, die Sie mir soeben dargebracht haben. Ich erwarte von Ihnen, daß, wenn Sie einst ins Leben hinaustreten werden, Sie gelernt haben werden aus dem, was in unserem Vaterlande vorgeht, daß die Partei nicht die Hauptsache ist, sondern einzig und allein das Gedeihen unseres Vaterlandes und unseres Volkes. Wenn Sie das Interesse daran voranstellen, so hoffe ich, daß stets Ihr Bestreben und Ziel sei das Wohl des Vaterlandes.“

Wilhelm II. scheint also gegenwärtig an dem völkischen Regierungstreuen Parteien keinen Gefallen zu haben. Feindschaft und ihre Treiben ist nicht geeignet, die Politik, die der Kaiser für richtig hält, zu führen und zu fördern. Bei vergißt der Kaiser anheimelnd, daß seine Regierung nicht aus diesen ihm nicht gefallenden Parteienbeständen Wilhelm II. einstiger Liebling Wilton mit den Parteien unter die konservativ-meritale Befehle bestimme, das rümpfenden haben ihr gut Teil beigetragen zu dem Erfolg, über das nur Wilhelm II. wehklagt. Wenn er in die Studenten von den Parteien weg und auf „das Wohl des Vaterlandes“ hinweist, so heißt dies tatsächlich freilich gar nicht anderes, als daß sie brav zu der Regierung halt sollen, die er, der Kaiser eingestuft hat. Willkürlich hat er anderen Zielen als die Herrscher und ihre Umgebung.

Ein echter Nationalliberaler.

Die als Rundgebung der nationalliberalen Partei Bayer angeführte Versammlung hat in Nürnberg stattgefunden. Es sprach der preussische Landtagsabgeordnete Dr. Lohmann über die Nationalliberalen im Reichstag. Er führte aus: Die Behauptungen von einer Linksmarsch der Nationalliberalen sei nicht ein richtiges Gerücht, das nur einem taftlichen Wächter der Konservativen entspreche. Die nationalliberalen Partei demokraten und einem Kandidaten zwischen einem Sozialdemokraten zu stimmen. Das Wahlabkommen mit der Fortschrittlichen Volkspartei entspreche einem Gebot politischer Klugheit, aber es versetze auch nichts, wenn man in einzelnen Provinzen wie z. B. in Westfalen, mit den Konservativen zusammengehe, um so mehr als eine spätere Versöhnung mit den Konservativen ein vaterländische Notwendigkeit sei.

Die Neuktionen des Abg. Lohmann veranschaulichte die lange Reihe der nationalliberalen Reaktionsgelehrten. Man sieht, was es auf sich hat mit dem Kampf gegen rechts vom dem Herr Kaasch redete. Dieser „Kampf“ bedeutet, daß sich Nationalliberale auf konservativen Stühle setzen möchte, aber eher denn ein Sozialdemokrat gewählt wird, sollen nicht 10 Konservativen mit nationalliberaler Hilfe gewählt werden und das angeblich von den Nationalliberalen befehlige „frivole Spiel mit den Interessen des Vaterlandes“ fort betreiben!

Eine andere Frage ist aber: Glaubt die Fortschrittliche Volkspartei, daß die ihr zugehörigen Wähler die ihnen empfohlene Unterstützung dieser nationalliberalen Halbstümpfer der Reaktion verwirklichen werden? Das Berliner Tageblatt bemerkt wohl mit Recht: „Herr Lohmann scheint ja die Situation des Liberalismus hervorragend gut erfassen zu haben. Die ihm in Aussicht gestellte Rettungsaktion für die Konservativen wird die Vegetierung der fortgeschrittenen Wähler für gewisse nationalliberale Kandidaten bei den kommenden Reichstagswahlen sicherlich entfachen.“

Die Stuttgarter Oberbürgermeisterwahl.

Die bürgerlichen Parteien in Stuttgart hatten am Sonntag die mittige eine Versprechung, um die Einigung auf einen gemeinsamen Kandidaten für die Bürgermeisterwahl zu erzielen. Die Versprechungen verliefen resultatlos. Die nationalliberale Partei hat dem Regierungskandidaten Bauren Schläger vorgeschlagen, den auch die fortgeschrittene Partei unterstützen will, während das Zentrum noch schwach die von der Volkspartei vorgeschlagenen beiden Kandidaten seinen Teil bei den Konservativen, zum Teil bei den Nationalliberalen keine Unterstützung, während das Zentrum erklärte, diese Kandidaten nur dann unterstützen zu wollen, wenn sich alle Parteien auf eine Persönlichkeit einigen würden. Die Volkspartei lehnt es jedoch ab, den nationalliberalen Kandidaten zu unterstützen, weil Bauren Schläger noch vor wenigen Wochen als Regierungskandidat die Verstaatlichung der Stuttgarter Polizei betrat. Die Nationalliberalen haben nun offiziell beschlossen, mit aller Kraft für Bauren Schläger zu treten. Die Einigungsverhandlungen dürften damit endgültig gescheitert sein.

Zu der Stellungnahme der Parteipresse zur Oberbürgermeisterkandidatur des Genossen Vandemann veröffentlicht die Schwäbische Tagung folgende Erklärung: „In unserer Parteipresse ist die Auffassung der Kandidatur

Aus dem Orient.

Die Matseier in der Türkei.

Noch vor drei Jahren wäre der Plan, in der Türkei eine moderne Matseier abzuhaken, eine hinüberdramatische Idee gewesen; die Sache ist jetzt anders geworden.

Uebrigens noch voriges Jahr haben an der Matseier in Konstantinopel nur genau gezählte 15 Arbeiter teilgenommen; außerdem gab es bloß eine Zusammenkunft armenischer Studenten. Aber im Laufe eines Jahres, in aller Stille, machte der sozialistische Einigungsgebäude einen hübschen Schritt nach vorwärts.

Ja, die Matseier in der Türkei hat sogar bereits ihre Vorgeschichte. Wie besitzen in Konstantinopel eine Gewerkschaft der Zamenjackett-Schneider, die nach einem erfolgreichen Streik den Unternehmern die Bedingung abgetrotzt hatte: Freigabe des 1. Mai! Diese Gewerkschaft, die gegenwärtig 120 Personen umfaßt, bildet die Kerntruppe der Feiernden.

Ihnen schlossen sich auf Einladung der allgemeinen sozialistischen Organisation „Ergatis“, der armenischen sozialistischen Partei „Toschnaktsian“, der armenischen sozialistischen Fraktion „Hindschak“ eine bedeutende Anzahl anderer Arbeiter verschiedener Berufe und einige Tugend Studenten an. Die Gesamtzahl der Arbeiter, die in Konstantinopel am 1. Mai die Arbeit niedergelassen haben, beträgt rund 500, die Zahl der Teilnehmer an der Feier war mittags etwa 300. Wie schon aus dem obigen sich ergibt, haben die verschiedenen Organisationen sich geeinigt, um die Matseier gemeinsam zu begehen. Der Erfolg war glänzend und wird sicher zur weiteren Einigung der jungen Bewegung beitragen. Es herrscht eine gehobene Stimmung angesichts der für heilige Verhältnisse ungewöhnlich großen Zahl der Feiernden.

Schon um 10 Uhr vormittags begannen die Feiernden sich zu versammeln — in dem hübschen Garten der Veauerei Pipino. Wie sind freilich noch nicht so weit in Konstantinopel, um unter dem Ansehenszustand in aller Form eine öffentliche Demonstration abhalten zu können. Der Versuch dazu wurde deshalb auch nicht unternommen. Die Feier trug vielmehr den Charakter einer festlichen Zusammenkunft. Und als alle bestimmten waren, da wurden dem Saal des Arbeiterclubs entsprechende Reden gehalten.

Als einer sprach Genosse Karakof, der Sekretär der Gewerkschaft der Zamenjackett-Schneider. Er erklärte die Bedeutung des 1. Mai, betonte, daß diese Feier frei sei von jeder nationalen und religiösen Beschränkung und nur der internationalen

Solidarität des Proletariats gelte. Die Arbeiter müssen sich organisieren, um ihre Rechte zu verteidigen. Früher, wenn ein hiesiger Arbeiter sich ein besseres Schicksal erkämpfen wollte, blieb ihm nichts anderes übrig, als nach Amerika auszuwandern; „so dachte auch ich früher — sagte der Redner —, aber jetzt bin ich anderer Meinung; ich bin der Meinung, daß wir in unserem Vaterlande bleiben müssen, um uns hier eine bessere Zukunft zu erkämpfen“. Kocokof sprach türkisch. Von der sozialistischen Organisation „Ergatis“ hielt Genosse Popodopolis in griechischer Sprache eine längere Rede, in der er die Ideen des Sozialismus entwickelte.

Noch mehrere andere sprachen: in armenischer, türkischer, griechischer und spanischer (jüdisch-spanischer) Sprache. Auch eine junge Genossin, eine Armenierin, Perus Demirschioiu, sprach einige begeisterte Worte. „Unter dem alten Regime — sagte sie — konnten die Arbeiter ihre Rechte nicht verteidigen; jetzt haben wir die Möglichkeit, uns zu organisieren und unsere Forderungen zu stellen. Ich rufe darum: Hoch der Achtungsbekannt und hoch die Demokratie! Hoch der 1. Mai, der unseren Klassenkampf anknüpft! Jetzt erst beginnt unser eigentlicher Kampf. Hoch der Sozialismus!“

Es war eine buntsprachige Gesellschaft, aber man verstand sich gut, denn ein jeder lag in den Augen des anderen die gleiche Begeisterung für die gemeinsame Sache des Proletariats. Die Jugend gab den Ton an, darunter viele Arbeiterinnen. Man sah aber auch manchen Graufopf, der die Stürme der russischen oder der armenischen Bewegung mitgemacht hat.

Erfreulich war die rege Beteiligung der Arbeiter der Tabakregie. Diese Arbeiter haben soeben einen schweren Streik gegen die mächtige Monopolsellschaft ausgeführt. Sie haben zwar ihre Forderungen nicht durchsetzen können, aber sie sind mit Ehren aus dem Kampf getreten.

Die Veranlassung zum Streik gab die Entlassung von 22 Arbeitern. Diese Entlassung hat die Gesellschaft zurückziehen müssen. Sie versprach auch, den anderen Uebelständen abzuhelfen. Der Streik hätte mehr Erfolg gehabt, wenn nicht die Tabakregie, die ja mit keiner Konkurrenz zu rechnen braucht, in ihrer großen Fabrik in Samsum (Armenien) Erfolg für den Produktionsausfall der Konstantinopeler Fabrik zu schaffen vermocht hätte. Die Arbeiter haben darum begriffen, daß sie nur durch einen allgemeinen Streik, der alle Fabriken der Regie umfassen würde, ihre Forderungen durchsetzen können. Mit diesem Gedanken haben sie die Arbeit wieder aufgenommen. Sie sind frohen Mutes und arbeiten jetzt eifrig an

der Entwicklung ihrer Organisation. Sie haben schon jetzt bedauerlich mehr Geld in ihrer Kasse, als zu Anfang des Streiks darin war.

Ein Teil der Arbeiter der Tabakregie hat, wie schon erwähnt, am 1. Mai die Arbeit niedergelassen. Als nun das Fest zu Ende war, da setzte man sich, mit reiner Matshänden geschmückt, in geschlossener Kasse in Bewegung, um Konstantinopel zu wenden. Der Weg führte über die Hauptverkehrsstraßen von Konstantinopel. Der Zufall, der ja manchmal aus Sozialdemokraten recht günstig ist, wollte es, daß man auf diesem Weg Truppen von Arbeitern begegnete, die gerade Feierabend machten und die Fabriken der Tabakregie verließen. Diese schlossen sich freiwillig der Matseier an, schämten sich ebenfalls nicht, pössierte stierlich und die Matseier, die über tausend Köpfe stark war, pössierte nicht die ganze Länge Straße. Da die Konstantinopeler Polizei noch nicht unter dem Kommando des preussischen Herrn v. Jozow steht, wickelte sich das ganze in musterhafter Ordnung ab.

Abends fanden drei Versammlungen statt, die sämtlich hoch besucht waren. Noch viel erhabener war die Matseier in Salonik, dem größten Arbeiterzentrum. Dort nahmen über 3000 Personen an dem Demonstrationstag teil. Die Demonstration verlief sehr geistlich gesinnig, da Salonik nicht unter dem Ausnahmestatus des 1. Mai war; außerdem in Istanbul und an anderen Orten gefeiert. Doch liegen mir zur Stunde noch keine Mitteilungen vor. In Konstantinopel und in Salonik wurde folgende gleichlautende Resolution angenommen:

„Die zur Feier des 1. Mai versammelten Arbeiter und Arbeiterinnen erklären ihre Solidarität mit den Arbeitern der ganzen Welt, die an diesem Tage gegen die kapitalistische Unterdrückung demonstrieren. Sie fordern eine wirksame Arbeitereingetragene Bewegung, insbesondere den Achtundtag und das Verbot der Kinderarbeit.“

Sie protestieren gegen den Imperialismus der kapitalistischen Staaten, der Herzmürde unter den Völkern erzeugt und auf den Krieg hinarbeitet. Sie fordern die Arbeiter des osmanischen Reichs ohne Unterschied der Nation und Religion zum gemeinsamen Kampf auf, das Vaterland gegen die wirtschaftliche und politische Unterdrückung seitens des internationalen Kapitals zu verteidigen. Alles in allem: Das Proletariat der Türkei ermahnt und in ihm erwacht jene Kraft, die den türkischen Sozialismus vorantreibt. Konstantinopel.

Deutscher Reichstag.

Montag, 8. Mai, mittags 12 Uhr.

Dr. Delbrück.

Reichsversicherungsordnung

Der Antrag Albrecht und Gen., § 181 der Vorlage... Die Reichsversicherungsordnung...

Der Antrag Albrecht wird abgelehnt, § 181 wird angenommen.

Der Antrag Albrecht wird abgelehnt, § 182 wird angenommen.

Der Antrag Albrecht wird abgelehnt, § 183 wird angenommen.

Der Antrag Albrecht wird abgelehnt, § 184 wird angenommen.

Der Antrag Albrecht wird abgelehnt, § 185 wird angenommen.

Der Antrag Albrecht wird abgelehnt, § 186 wird angenommen.

Der Antrag Albrecht wird abgelehnt, § 187 wird angenommen.

Der Antrag Albrecht wird abgelehnt, § 188 wird angenommen.

Der Antrag Albrecht wird abgelehnt, § 189 wird angenommen.

Der Antrag Albrecht wird abgelehnt, § 190 wird angenommen.

Der Antrag Albrecht wird abgelehnt, § 191 wird angenommen.

Der Antrag Albrecht wird abgelehnt, § 192 wird angenommen.

Der Antrag Albrecht wird abgelehnt, § 193 wird angenommen.

Der Antrag Albrecht wird abgelehnt, § 194 wird angenommen.

Der Antrag Albrecht wird abgelehnt, § 195 wird angenommen.

Der Antrag Albrecht wird abgelehnt, § 196 wird angenommen.

Der Antrag Albrecht wird abgelehnt, § 197 wird angenommen.

Der Antrag Albrecht wird abgelehnt, § 198 wird angenommen.

Der Antrag Albrecht wird abgelehnt, § 199 wird angenommen.

Der Antrag Albrecht wird abgelehnt, § 200 wird angenommen.

Der Antrag Albrecht wird abgelehnt, § 201 wird angenommen.

Der Antrag Albrecht wird abgelehnt, § 202 wird angenommen.

Der Antrag Albrecht wird abgelehnt, § 203 wird angenommen.

Der Antrag Albrecht wird abgelehnt, § 204 wird angenommen.

Der Antrag Albrecht wird abgelehnt, § 205 wird angenommen.

Der Antrag Albrecht wird abgelehnt, § 206 wird angenommen.

gewählt sind, stehen sie auf dem Präsentierteller und werden herausgeworfen...

Abg. Becker (Z.): Die angebotene Bestimmung wird von diesen Arbeitern gewünscht...

Der Antrag Albrecht wird abgelehnt, § 188 wird angenommen.

Der Antrag Albrecht wird abgelehnt, § 189 wird angenommen.

Der Antrag Albrecht wird abgelehnt, § 190 wird angenommen.

Der Antrag Albrecht wird abgelehnt, § 191 wird angenommen.

Der Antrag Albrecht wird abgelehnt, § 192 wird angenommen.

Der Antrag Albrecht wird abgelehnt, § 193 wird angenommen.

Der Antrag Albrecht wird abgelehnt, § 194 wird angenommen.

Der Antrag Albrecht wird abgelehnt, § 195 wird angenommen.

Der Antrag Albrecht wird abgelehnt, § 196 wird angenommen.

Der Antrag Albrecht wird abgelehnt, § 197 wird angenommen.

Der Antrag Albrecht wird abgelehnt, § 198 wird angenommen.

Der Antrag Albrecht wird abgelehnt, § 199 wird angenommen.

Der Antrag Albrecht wird abgelehnt, § 200 wird angenommen.

Der Antrag Albrecht wird abgelehnt, § 201 wird angenommen.

Der Antrag Albrecht wird abgelehnt, § 202 wird angenommen.

Der Antrag Albrecht wird abgelehnt, § 203 wird angenommen.

Der Antrag Albrecht wird abgelehnt, § 204 wird angenommen.

Der Antrag Albrecht wird abgelehnt, § 205 wird angenommen.

Der Antrag Albrecht wird abgelehnt, § 206 wird angenommen.

Der Antrag Albrecht wird abgelehnt, § 207 wird angenommen.

Der Antrag Albrecht wird abgelehnt, § 208 wird angenommen.

Der Antrag Albrecht wird abgelehnt, § 209 wird angenommen.

Der Antrag Albrecht wird abgelehnt, § 210 wird angenommen.

Der Antrag Albrecht wird abgelehnt, § 211 wird angenommen.

Der Antrag Albrecht wird abgelehnt, § 212 wird angenommen.

Der Antrag Albrecht wird abgelehnt, § 213 wird angenommen.

Der Antrag Albrecht wird abgelehnt, § 214 wird angenommen.

pflegerin stellen soll. — Wenn die Mehrheit sich durch nichts bewegen läßt...

Die Anträge Albrecht werden abgelehnt.

Der Antrag Albrecht wird abgelehnt, § 201 wird angenommen.

Der Antrag Albrecht wird abgelehnt, § 202 wird angenommen.

Der Antrag Albrecht wird abgelehnt, § 203 wird angenommen.

Der Antrag Albrecht wird abgelehnt, § 204 wird angenommen.

Der Antrag Albrecht wird abgelehnt, § 205 wird angenommen.

Der Antrag Albrecht wird abgelehnt, § 206 wird angenommen.

Der Antrag Albrecht wird abgelehnt, § 207 wird angenommen.

Der Antrag Albrecht wird abgelehnt, § 208 wird angenommen.

Der Antrag Albrecht wird abgelehnt, § 209 wird angenommen.

Der Antrag Albrecht wird abgelehnt, § 210 wird angenommen.

Der Antrag Albrecht wird abgelehnt, § 211 wird angenommen.

Der Antrag Albrecht wird abgelehnt, § 212 wird angenommen.

Der Antrag Albrecht wird abgelehnt, § 213 wird angenommen.

Der Antrag Albrecht wird abgelehnt, § 214 wird angenommen.

Der Antrag Albrecht wird abgelehnt, § 215 wird angenommen.

Der Antrag Albrecht wird abgelehnt, § 216 wird angenommen.

Der Antrag Albrecht wird abgelehnt, § 217 wird angenommen.

Der Antrag Albrecht wird abgelehnt, § 218 wird angenommen.

Der Antrag Albrecht wird abgelehnt, § 219 wird angenommen.

Der Antrag Albrecht wird abgelehnt, § 220 wird angenommen.

Der Antrag Albrecht wird abgelehnt, § 221 wird angenommen.

Der Antrag Albrecht wird abgelehnt, § 222 wird angenommen.

Der Antrag Albrecht wird abgelehnt, § 223 wird angenommen.

Der Antrag Albrecht wird abgelehnt, § 224 wird angenommen.

Der Antrag Albrecht wird abgelehnt, § 225 wird angenommen.

Der Antrag Albrecht wird abgelehnt, § 226 wird angenommen.

Der Antrag Albrecht wird abgelehnt, § 227 wird angenommen.

bedenken die ärztliche Hilfe nicht zuziehen. 6000 deutsche Mütter müssen alljährlich ihr Leben im Wochenbett lassen. Ein staatliches Rettungswesen ist daher hier notwendig. Besonders wichtig ist auch die obligatorische Gewährung von Entgelt. Die Statistik beweist, daß die Kinder, die nicht die natürliche Nahrung der Mutter erhalten, sehr viel mehr Krankheiten und dem Tode ausgesetzt sind. Die Entziehung der natürlichen Nahrung wirkt bis in das Alter der Periode nach. Man sagt man, unsere Volkswirtschaft kann die Kosten unseres Antrages nicht tragen. (Sehr richtig! im 8.) Aber heute werden sie auch getragen, nur daß sie den Kernstein und Schwächsten auferlegt werden. (Sehr wahr! bei den Soz.) Im übrigen verzinst sich keine Kapitalanlage so gut wie die Ausgaben zum Schutz der Mütter und Kinder. Das Unglaubliche ist, daß die Regierung das ganze Gesetz für unannehmbar erklären will, wenn auch nur unter Antrage obligatorische Hebammenhilfe angenommen wird. (Hört! hört! und Plurale bei den Soz.) Das beleuchtet mit großem Schlaglicht, wie tief die sozialpolitische Einsicht und Empfindung bei den maßgebenden Stellen des Deutschen Reiches ist. (Sehr richtig! bei den Soz.) Es ist dies ebenso ein Dokument der Schande wie das Unannehmbar der Konventionen in der Frage des Dolmetschens beim VVA. Den Mehrheitsparteien ist dies Unannehmbar sehr willkommen, um es als Deckmantel für ihre Haltung zu gebrauchen. Aber niemand aus dem Volke wird glauben, daß die Regierung wirklich den moralischen Mut haben könnte, an dieser Frage das Gesetz scheitern zu lassen. (Sehr wahr! bei den Soz.) Darum fordern wir Sie auf, hier einmal ein wirklich nationales Werk mit uns gemeinsam zu vollbringen. (Lebhafter Beifall bei den Soz., Zwischen ruhm, erneutes Bravo! bei den Soz.)

Abg. Del (3.): Auf dem Lande sterben viele Kinder, die gar nicht auf dem Lande geboren sind. Das berücksichtigt wohl die Statistik nicht. Auf die Ausführungen des Vorredners kann man nicht eingehen, sonst würden wir mit der Reichsversicherungsordnung gar nicht fertig (Wahl bei den Soz.) und dann könnten überhaupt keine Redeleistungen gewährt werden. In erster Linie haben Väter und Mütter die fällige Pflicht, für ihre Kinder selbst zu sorgen. Die viele Millionen der „bescheidene“ Anträge der Sozialdemokraten kosten würde, wissen wir nicht. Ich bitte Sie, unserem Antrag zuzustimmen. (Bravo! im Zentrum und rechts.)

Darauf verriagt das Haus die Weiterberatung auf Dienstag 1 Uhr. — Schluß 6^{1/2} Uhr.

Parteiangelegenheiten.

Unerschütterliche Nachklänge zur Wahlenfeier.

Im Sachsenwerk in Niederschloß haben diesmal die Arbeiter bei der durch den Metallarbeiterverband vorgeschriebenen Abstimmung die Arbeitstube abgelehnt. Dabei soll nach einer Notiz der Pirnaer Volkszeitung durch den Genossen Lindner, den Vorsitzenden der Betriebsverwaltung, nach dem Bekanntwerden des Abstimmungsergebnisses der Ausdruck gefallen sein: „Die Vernunft hat gesiegt!“ Wegen dieser Aeußerung lag in der letzten Gruppenversammlung in Neuschloß ein Antrag der Gruppenverwaltung vor, gegen S. ein Verfahren einzuleiten, weil er durch seine Aeußerung die Mehrzahl der Genossen verächtlich gemacht habe. Genosse Lindner und einige andere Genossen betonten, daß diese Aeußerung nicht in diesem Sinne gemeint sei, sondern daß er es unter den gegenwärtigen Verhältnissen im Sachsenwerk für das Vernünftigste gehalten habe, daß die Arbeitstube abgelehnt worden sei. Nach kurzer Debatte wurde aber in geheimer Abstimmung mit 58 gegen 52 Stimmen beschlossen, gegen Genossen Lindner das Verfahren einzuleiten.

Der Metallarbeiterverband resp. die Arbeiterausschußmitglieder, Vertrauensleute und Gewerkschaftsdelegierte veröffentlichten nun in der Pirnaer Volkszeitung folgende Resolution, um deren Aufnahme wir ausdrücklich gebeten wurden:

„Unterszeichnete Arbeiterausschußmitglieder, Vertrauensleute und Gewerkschaftsdelegierte, beschäftigt im Sachsenwerk Niederschloß, haben nach wie vor auf dem Standpunkte, daß unter den gegebenen Umständen eine Feier des 1. Mai, begangen durch Arbeitstube, nicht empfohlen werden konnte.

Unterszeichnete bedauern auf das lebhafteste, daß innerhalb und außerhalb des Sachsenwerkes über das Nichtfeiern des 1. Mai durch die Sachsenwerk-Arbeiterschaft Diskussionen entstanden sind, die geeignet erscheinen, das gegenwärtige äußerst gespannte Verhältnis der Arbeiterschaft zur Betriebsleitung und Direktion des Sachsenwerkes zumungunsten der Arbeiterschaft zu beeinflussen.

Auf das entschiedenste beurteilen die Unterszeichneten das Verhalten der Pirnaer Volkszeitung, die ohne dazu autorisiert zu sein, einen Betriebsverwaltungsbericht bringt, der die vorhandene Stimmung steigert muß. Obwohl der Ausdruck gefallen ist: „Die Vernunft hat gesiegt!“, so doch niemals in dem Sinne, wie es die Pirnaer Volkszeitung ihren Lesern vorsetzt, oder wie es ein Teil der Arbeiterschaft auslegen will.

Die Unterszeichneten bedenken den Obmann des Arbeiterausschusses vollständig und erklären auch ihrerseits, daß es den Verhältnissen entsprechend, das vernünftigste war, den 1. Mai nicht durch Arbeitstube zu begehen. Die Direktion des Sachsenwerkes gab sich indes einem schweren Irrtum hin, wenn sie aus dem Abstimmungsergebnis über den 1. Mai folgern wollte, daß die Arbeiterschaft lediglich acht Tage Aussperrung halber dem Unternehmer zu Willen sei.

Die Unterszeichneten werden nach wie vor alles tun, was im Interesse der Arbeiterschaft getan werden kann; gleichzeitig sprechen sie den Wunsch aus, daß die Gesamtarbeiterschaft bestrebt sein möge, die Ruhe und Disziplin zu bewahren, die notwendig sind, um bei den unausweichlichen Konflikten dem Unternehmer gegenüber ein einziges Volk von Kämpfern zu sein.

Niederschloß, den 4. Mai 1911.

Albrecht, Mechaniker. Bach, Widler. Verbold, Stanzler. Böhm, Schlosser. Drechsler, Schlosser. Hindeisen, Werkzeugschlosser. Hinder, Schlosser. Hofmann, Formner. Hoffmann, Dreher. Hofmann, Dreher. Hölzel, Schlosser. Kottsch, Widler. Köstler, Mechaniker. Müller, Radierer. Neumann, Schlosser. Neumann, Widler. Pähler, Buchdrucker. Plambach, Dreher. Pucher, Verzinner. Rätzsch, Dreher. Richter, Mechaniker. Rühle, Formner. Saalmann, Widler. Seifert, Materialausgeber. Starke, Dreher. Steglich, Formner. Schiedel, Materialausgeber. Schmidt, Gwald, Mechaniker. Schmidt, Tischler. Schönfuß, Formner. Schreiber, Dreher. Schulze, Widler. Schüller, Formner. Thielemann, Tischler. Umlauf, Schlosser. Werner, Dreher. Zimmermann, Mechaniker.

Die Redaktion der Pirnaer Volkszeitung bemerkt dazu: „Wir vermaßen uns ganz entschieden gegen den anmaßenden Ton im dritten Absätze der Resolution. Es ist das unverbrüchliche Recht der Presse, über Vorkommnisse zu berichten, die die Partei in ihrer Gesamtheit angehen, und wir werden uns von keiner Instanz Rücksichten machen lassen, was wir berichten sollen und was nicht. Entspricht die Notiz nicht von den Tatsachen, so stand den Beteiligten ja frei, die Sache richtigzustellen.“

Wir meinen, es gibt nichts, was dem schönen Gedanken der Arbeitstube so nachteilig ist, wie diese fortwährenden Differenzen vor und nach dem 1. Mai in der Arbeiterbewegung selber. In diesem Falle hätte man sich unserer Meinung nach wohl mit der entschuldigenden und aufklärenden Erklärung des Genossen Lindner in der Reichstäger Gruppenversammlung über seine in der Seite des Gesetzes gefundene und gewis nicht richtige Aeußerung zufrieden geben können.

Gewerkschaftliche Arbeiterbewegung.

Ein vernichtendes Urteil gegen die Arbeitswilligen.

In Lübeck fand vor dem Schörrichter ein Prozeß gegen gewerkschaftliche Streikbrecher statt, die sich schlimmer Ausschreitungen schuldig gemacht hatten, wahrscheinlich, weil sie annahmen, daß sie sich als „nützliche Elemente“ alles herausnehmen dürfen. Diese

Durchsch haben in Lübeck während des Streiks gehandelt, als ob sie sich in Feindesland befänden. Die bürgerliche Tagespresse dichtete diese Ausschreitungen seinerzeit den Streikenden an. Das Märchen ist nun durch das Ergebnis der Gerichtsverhandlung gründlich gestört worden. Von den elf wegen Landfriedensbruchs Angeklagten wurden drei freigesprochen. Die anderen acht Streikbrecher erhielten Gefängnisstrafen von 9 Monaten bis zu 5 Jahren.

In der Urteilsbegründung wurde hervorgehoben, daß das Milieu der Angeklagten ein außerordentlich trauriges und erschütterndes in Lübeck unbekanntes sei. Junge Burschen, die sich Arbeitswillige nennen, kommen nach Lübeck und bewaffnen sich am Sonnabend, wenn sie ihr Geld erhalten haben, mit gefährlichen Werkzeugen, fürmen die Bordelle, betrinken sich und wechseln ihre Tätigkeit mit Kaufleuten ab. Es sind Leute, die nicht den geringsten Respekt vor der Öffentlichkeit haben, bei denen scharfe Strafen am Platze sind. Milde Momente sind nicht zu finden, nur daß erfreulicherweise kein Schaden bei Personen eingetreten ist. Aber das ist nicht den Angeklagten zugute zu halten. Nach ihren rohen Aeußerungen wollten sie diese Leute zum Tode befördern, deshalb liegen subjektive Milderungsgründe nicht vor. Die Angeklagten hatten durchaus keinen Anlaß, sich bedroht zu fühlen, das beweist der ganze Verlauf der Verhandlung. Die Lübecker Arbeiterschaft, aber der sich im Streik befindliche Teil, gab ihnen keinen Anlaß hierzu. Höchstens kann angenommen werden, ihre bisherige Lebensweise habe sie an das Umgehen mit Waffen gewöhnt. In Lübeck sind die Verhältnisse aber nicht so, daß derartige Maßnahmen erforderlich sind. Die Angeklagten haben eine mangelhafte Erziehung genossen, aber ein so rohes und gewalttätiges Eindringen wie bei den Angeklagten ist doch selten. Mit wenigen Ausnahmen läßt keiner der Angeklagten erkennen, trotz der langen Untersuchungsfrist, in welcher Lage er sich befindet. Alle sagten die Lage so auf, als ob es darauf ankomme, daß einer den anderen herausziehen soll. Sie haben gänzlich unbeeilte Personen öffentlich in der schwersten Weise gefährdet, so daß die schwerste Strafe am Platze ist.

Dieses Urteil unterscheidet sich erfreulicherweise von vielen anderen, die diese Sorte von Menschen als die „nützlichsten Elemente“ bezeichnen und bei den arbeitswilligen Subjekten erst die Ansicht auslösen: „Wir Arbeitswilligen können ungestrakt einen totschlagen!“

lokales.

Die Lohnbewegung der Chauffeure der Dresdner Automobil-Droschken-Gesellschaft.

Nachdem die Gesellschaft keine weiteren Zugeständnisse gemacht hat und auf keinen Fall mit dem Transportarbeiterverband verhandeln will, wird am Freitag früh die Arbeitseinstellung erfolgen. Die Gesellschaft sucht nun in allen Tagesblättern Automobil-Droschkenführer, die nicht dem Verband angehören. Man geht sogar so weit, Involonten zu suchen, die nicht stabiltändigen Chauffeuren als Führer dienen sollen.

Man muß staunen, daß die Gesellschaft eine derartige Verantwortung sich zu übernehmen getraut. Offenlich nimmt auch die hiesige Polizeidirektion zu diesem Verfahren einmal Stellung. Alle Gewerkschafts- und Parteigenossen erheben wir, in ihren Kreisen in die schwersten Differenzen zur Kenntnis zu bringen.

Die Verhandlung des Transportarbeiterverbandes (Ordnungsverwaltung Dresden).

Inland.

Eine eigenartige Klage.

Der Redakteur der Metallarbeiter-Zeitung, Genosse Scherm, wurde in Leipzig von der Anklage wegen Verleumdung freigesprochen, die ein aus dem Verbanne ausgeschlossener Schlosser gegen ihn erhoben hatte. Scherm hatte die sachliche Bekanntmachung des Verbandsvorsitzenden veröffentlicht, wonach der Kläger wegen Denunziation nicht wieder im Verbanne Aufnahme finden könnte. Das Gericht schloß sich den Ausführungen des Vertreters des Beklagten an, wonach die Aufnahme solcher Bekanntmachungen des Verbandes zu den vertraglichen Verpflichtungen des Redakteurs gehöre. Die Art der Bekanntmachung sei die übliche Form für solche Veröffentlichungen. Das Wort Denunziation könne keine Verleumdung sein; für den Vormur selbst erbot sich der Beklagte den Beweis anzutreten.

Lohnbewegungen.

Die Verhandlungen wegen des Baukempner-Austandes Großberlins vor dem Einigungsamt führten zu keiner Einigung der Parteien. Die Versammlung der Arbeiter verwarf mit allen gegen eine Stimme den Schiedspruch des Einigungsamtes. Die Baukempner sind gestern früh in den Ausstand getreten.

Im Feib-Weißenseiler Braunkohlenschieber wurde am Sonnabend nach dem Ablauf der Kündigungsfrist die Arbeit eingestellt. Am Sonntag fanden 21 Streikversammlungen statt. Die Unternehmer versuchen durch Agenten auswärtige Arbeitswillige anzuwerben.

Bei der Firma Koll in Coefeld sind die Textilarbeiter seit Wochen ausständig. Es handelt sich meistens um christlich organisierte Arbeiter.

Ausland.

Klempner-Ausstand in Kopenhagen.

Nach Ablehnung des Vermittlungsvorschlages durch den Verband der Klempner hat der Verband der Arbeitgeber die weitere Aussperrung für den 16. Mai angekündigt, falls nicht der Vermittlungsvorschlag in irgendwelchen angenehmen wird. Von der Aussperrung würden dann 40 000 Arbeiter betroffen.

Ein Prozeß gegen die amerikanische Gutmachervereinigung.

Man wird sich noch des Urteils erinnern, das vor einigen Jahren gegen 240 Gutmacher von Domburg gefällt wurde. Danach sollten die beklagten Gutmacher an die Firma Loewe die Summe von rund 930 000 M. Schadenersatz zahlen. Das Urteil erging 1908, die Sache selbst liegt bis zum Jahre 1909 zurück. Die betreffenden Gutmacher hatten streikend und die Firma wurde hochnotpeinlich. Die Unternehmerorganisation, die die Sache zu der ihrigen machte, klagte auf Grund der Sherman Anti-Trust Akte. In der ersten Instanz wurden die Kläger abgewiesen mit der Begründung, daß die Gutmacher nicht Gewerbe oder Handel betreiben und somit unter das Gesetz nicht fallen. Auf die Berufung der Anti-Trust-Vereinigung entschied der höchste Gerichtshof, daß die Sache doch dem bezeichneten Gesetz zu unterstellen sei und verurteilte dieselben an die erste Instanz zurück, worauf das obige Urteil erging. Seit 1902 bis zum Beginn des Prozesses waren bereits 26 von den 240 Angeklagten gestorben. Die amerikanische Föderation of Labor, welche die Angelegenheit für die Gutmacher führte, legte hiergegen wieder Berufung ein, und nunmehr entschied das Appellationsgericht von New York zugunsten der Angeklagten. Damit wird aber die Angelegenheit, die nun schon neun Jahre schwebt, noch nicht erledigt sein. Wie eine von der amerikanischen Arbeiterföderation herausgegebene Korrespondenz vom 15. April mittelt, will die Anti-Trust-Vereinigung den höchsten Gerichtshof anrufen.

Kongreß des Syndikats der italienischen Eisenbahner.

(i. e.) Am 28. April ist in Mailand der Kongreß des Syndikats der italienischen Eisenbahner geschlossen worden. Alle Sitzungen, die über die Haltung der Organisation der Regierung gegenüber zu entscheiden hatten, wurden unter völliger Ausschließung der Presse abgehalten. Es ist denn auch nichts Bestimmtes über die Beschluß-

fassungen in die Öffentlichkeit gebracht. Verschärft wurde die Eisenbahner weitere Forderungen geltend machen und der Regierung einen Monat Zeit geben für die Beachtung der Ultimatum. Falls die Forderungen nicht berücksichtigt werden, wie es heißt, die Forderungen nicht berücksichtigt herangezogen, daß mit schwerer Mehrheit der Kongreß Föderation der Arbeit beschloß wurde. Die Zeitungs- Syndikats La Conquista, die bereits vor längerer Zeit in Öffentlichkeit eingeleitet hat, hat, wie aus der Rede hervorzugehen, ein Defizit von 23 000 Lire ergeben. Der Kongreß nahm auch ein Verfallsdatum für die republikanische Energie betreten hätte.

Neues aus aller Welt.

Niederlandflug.

Berlin, 9. Mai. Der Berliner Pilotier Referendar Edermann am 8. Mai nach Kassel an. Er legte nach im Laufe des Monats Etappe bis kurz vor Halle zurück.

Halle, 8. Mai. Referendar Gaspar, der gestern abend 9 Uhr überlag, gelandet war, flug heute früh wieder überlag um 5^{1/2} Uhr Halle und schlug die Richtung nach Westfalen ein. Er geht in Sotha eine Zwischenlandung zu machen.

Verstümmelt und erschüt.

Berlin, 9. Mai. Beim Anlegen eines Brennens zur Verung einer Laubenzolone im Norden wurden gestern abend Erdmassen zwei Arbeiter verstümmelt. Der Feuerwehrgelung zweifelhafte Arbeit, die Verunglückten aus der Grube zu einer war bereits erschüt.

Selbstmord dreier Mädchen.

Halle a. S., 8. Mai. Am gestrigen Sonntag haben drei junge Mädchen aus Liebesgram Selbstmord verübt. Die Tochter eines hiesigen Maurermeisters. Sie erschlug sich mit Jagdgewehr ihres Vaters. Die andere vergiftete sich in hiesigen Hotel; sie konnte noch nicht rekonstruiert werden. Die ebenfalls eine hiesige Bürgerstochter, ertränkte sich in der Saale.

Bergarbeiterunfall.

Gombrow, 8. Mai. Auf der Seche Gombrow-Tiefbau heute morgen durch frühzeitiges Losgehen eines Sprengstoff Bergleute getötet. Zwei andere, ein Brüderpaar, und ein erlitten schwere Verletzungen.

Eisenbahnunfall.

Posen, 8. Mai. Auf dem Waldhofe Kreuz fuhr gestern ein Hochalterer der Strecke Rogasen-Kreuz in einen Güterstrecke Wagen-Straßburg. Die Maschine und der Wagen des senen Junges entgleisten; zwei Wagen wurden vollständig zerstört. Der Zugführer Nikolai und der Hilfsbremser Wautschinger schwer verletzt. Der Schaden wird auf 100 000 R. geschätzt.

Selbstmord eines Unteroffiziers.

Bromberg, 8. Mai. Der Unteroffizier Wank vom 14. J. in Bromberg verübte gestern im Schnellbahnhöfen Bahnhof mit Dienstgewehr Selbstmord durch Erschießen, weil ihm ein Leben er von einer kriegsgerichtlichen Verhandlung aus Sicht Bromberg zurücktransportieren sollte, auf dem Stativer entweichen war.

Von einem Wahnsinnigen erbroffelt.

Frankfurt a. M., 8. Mai. Im Bureau der Hofkammer ein Dieb in der Ribbstraße wurde heute früh eine junge nierte erbroffelt aufgefunden. Der 40jährige Sohn der Frau einer 68jährigen Witwe, hatte das Mädchen mit sich getötet, wahrscheinlich in einem Anfall von Leidenschaft. Er wurde in eine Irrenanstalt gebracht.

Raßenergiftung durch Wurstgenuss.

Stuttgart, 8. Mai. In Kalen sind gestern 63 Personen folge des Genusses von Leberwurst erkrankt. Heute sind noch 24 Erkrankungen hinzugekommen.

Ersttöt.

Greß, 8. Mai. Beim Suchen von Alpenblumen ist ge Hohenschwab ein Beamter abgestürzt und tot geblieben.

Raßenergiftung von Kindern.

Kiew, 8. Mai. Hier sind 50 Kinder unter schweren Vergiftungen erkrankt. Die Ursache der Vergiftung konnte noch nicht festgestellt werden. Mehrere Kinder sollen bereits ge sein.

Vereinskalender für Mittwoch.

Radebeul, Oberlöhniy, Köhlschendra. Niederlöhniy, 8. Raundorf und Lindenau. Abends 9 Uhr Volksversammlung der Goldenen Weintraube in Niederlöhniy. Sutarbeiter und -arbeiterinnen. Abends 8^{1/2} Uhr Verammlung in der Goldhaufe.

Sonntag den 14. Mai



Première

Die Masterweiber

Operette in 3 Akten von Hubl u. Gudenstätt.

Musik von Franz Werther

Residenz-Theater, Dresden.

Neu! Victoria-Salon

Gastspiel Original-Parisiens-Rassemblee.

Pariser-Menu: „Verbotene Frucht“, „die G'schamig“, „starke Stück“ und „Los Nr. 53“.

Anfang 8 Uhr. Vorverkauf täglich von 9 Uhr an im Vestibül.

Das Rennen in Dresden macht

Tymians Thalia-Theater

Görtilzer Str. 4. Telefon 4350. Linien 8 und 9.

Am 1. u. 15. vollst. Programmwechsel.

Fideler Frühsouppen u. Vors. (10 u. 30 Pfl. Nachm. 4 Uhr).

Kl. Pr. ab 8 Uhr Gew. Fr. Donnerstags-Damen-Kaffee u. Vorverkauf.

Wochentags abends 7^{1/2} Uhr Vorverkauf.

Die Internationale Hygiene-Ausstellung

Die Internationale Hygiene-Ausstellung in Dresden ist die größte Ausstellung der Welt...

Die Hygiene der Bevölkerung ist ein wichtiger Bestandteil der öffentlichen Gesundheit...

Die Ausstellung in Dresden ist ein wichtiger Bestandteil der Hygiene-Ausstellung...

ring, einen Saatz, der nur durch lockere Bekleidung verbleiben...

Die Ausstellung in Dresden ist ein wichtiger Bestandteil der Hygiene-Ausstellung...

Die Ausstellung in Dresden ist ein wichtiger Bestandteil der Hygiene-Ausstellung...

Die Ausstellung in Dresden ist ein wichtiger Bestandteil der Hygiene-Ausstellung...

Die Vagabunden

Die Vagabunden sind eine Gruppe von Menschen, die ohne feste Wohnstätte leben...

Die Vagabunden sind eine Gruppe von Menschen, die ohne feste Wohnstätte leben...

Betteres

Betteres ist ein Begriff, der sich auf die Verbesserung der Lebensbedingungen bezieht...

Dresdner Kalender

Der Dresdner Kalender enthält Informationen über die Veranstaltungen in der Stadt...

Die Ausstellung in Dresden ist ein wichtiger Bestandteil der Hygiene-Ausstellung...

Die Ausstellung in Dresden ist ein wichtiger Bestandteil der Hygiene-Ausstellung...

Die Ausstellung in Dresden ist ein wichtiger Bestandteil der Hygiene-Ausstellung...

Jugend-Bildungsverein

Der Jugend-Bildungsverein bietet Kurse und Veranstaltungen für Kinder und Jugendliche...

Die Ausstellung in Dresden ist ein wichtiger Bestandteil der Hygiene-Ausstellung...

Naturkunde

Naturkunde ist die Wissenschaft, die sich mit den Gesetzen der Natur beschäftigt...

Kleine Mitteilungen

Kleine Mitteilungen sind kurze Nachrichten über lokale Ereignisse...

Die Ausstellung in Dresden ist ein wichtiger Bestandteil der Hygiene-Ausstellung...

